

Ulrich Weisser

„Jagt dem Frieden nach“

Das Thema „Gewalt und Ethik – Krieg und Frieden“ ist so alt wie das Abendland und dennoch hochmodern. Dieses Thema ist seit zweitausend Jahren ein Kernbestandteil der abendländischen Philosophie, Rechtstradition und Geschichte. Es gibt dazu konkrete Hinweise in der Bibel, aber auch kluge Anmerkungen von Heraklit über Cicero, von Augustinus und Kant bis zu Clausewitz und Kissinger. Eine Ordensregel der Benediktiner lautet „Ut in omnibus glorificetur deus – auf dass Gott in allem verherrlicht werde“, was auch meint, Gott soll im Zusammenleben der Völker dadurch verherrlicht werden, dass Frieden herrscht.

Und im Hebräerbrief heißt es: „Jagt dem Frieden nach mit jedermann.“ Während Heraklit „den Krieg als Vater aller Dinge“ sah, kam Augustinus zu der Einsicht, dass Kriege zwischen Staaten nur gerechtfertigt sind, wenn es dafür überzeugende Gründe, vor allem aber klare Ziele gibt und angemessene Mittel verwendet werden. Für Clausewitz ist die politische Absicht der Zweck, der Krieg das Mittel. Damit stehen beide der Denkschule des Realismus nahe.

Entscheidend ist heute, dass es immer weniger klassische Kriege zwischen Staaten gibt. Fest gefügte gegenseitige Bedrohungsszenarios haben sich mit Ende des Kalten Krieges zumindest in Europa aufgelöst.

Die Lage ist heute von Unsicherheiten geprägt. Die größten Herausforderungen

liegen nicht mehr in der Stärke anderer Staaten, sondern eher in ihrer Schwäche. Durch zerfallende Staaten entstehen humanitäre Krisen und Bürgerkriege. Destabilisierung und Radikalisierung von ganzen Regionen fördern Migrationsbewegungen. Dadurch entstehen auch Aktions- und Rückzugsräume für organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus.

El-Kaida bleibt eine wesentliche Bedrohung für Freiheit und Sicherheit. Es gibt keine zentrale Steuerung mehr, sondern wuchernde, eigenständige Mordzellen. Die Eliminierung von bin Laden ändert daran nichts.

Neue Formen des Krieges ...

Die wachsende globale Vernetzung ermöglicht die schnelle Verbreitung und Nutzung von Hochtechnologien. Mit modernen Kommunikationstechnologien lassen sich Demokratiebewegungen mobilisieren. Der Cyberspace, der mit dem Internet verbundene Raum aller Informations- und Kommunikationstechniken, ist für moderne Informationsgesellschaften zu einer kritischen Schlüsselinfrastruktur geworden; denn es gibt vernetzte Abhängigkeiten von wichtigen Infrastrukturen wie Stromversorgern, Banken, Versicherungen und Transport. Angriffe darauf können die europäischen Industriestaaten destabilisieren.

Angriffen auf die eigene IT-Infrastruktur kann nur mit einem systematischen zivil militärischen Management zur Wiederherstellung funktionstüchtig-

ger Systeme begegnet werden. Der Datenaustausch zwischen den Nationen braucht eine umfassende Vertrauensgrundlage. Die Nationen müssen ihr Wissen und ihre Erfahrungen uneingeschränkt zum Nutzen aller Beteiligten einbringen. Die neue NATO-Strategie hat denn auch Angriffe auf die Informationsicherheit ihrer Länder als eine der möglichen Hauptbedrohungen definiert. Wie bei anderen modernen Bedrohungsformen durch Terrorismus, Piraterie, asymmetrische Kriege und *failing states* verliert das Territorialprinzip und damit die Grenzverteidigung ihre Relevanz. Innere und äußere Sicherheit verschmelzen. Der Angreifer kann nicht mehr identifiziert werden – Kriminalität, Terrorismus, asymmetrische und verdeckte Kriegsführung und Spionage fließen ineinander.

Der beschleunigte Austausch von Waren und Dienstleistungen auf globalen Märkten und der weltweite Personenverkehr bergen neue Risiken. Gefährliche Stoffe, Epidemien und Seuchen können sich heute rasch verbreiten. Klimatische Veränderungen bedrohen in manchen Staaten die Existenz vieler Menschen. Wasser- und Bodenverknappung verbinden sich immer häufiger mit sozialen Disparitäten und neuem Konfliktpotenzial.

Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Europas von vitaler Bedeutung. Wenn Energieträger und andere für Hochtechnologie benötigte Rohstoffe knapp werden, hat dies gravierende wirtschaftliche Auswirkungen. Zugangsbeschränkungen können Konflikte auslösen. Störungen der Transportwege wie auch der Rohstoff- und Warenströme durch Piraterie gefährden Sicherheit und Wohlstand.

Obwohl sich die strategischen Bedingungen für Krieg und Frieden grundlegend geändert haben, gilt dies nicht unbedingt für die Strukturen, die sich als Ergebnis von Bedrohungsperzeptionen

im Ost-West-Verhältnis gebildet hatten. Für die dauernde Verbindung der Sicherheit Europas mit der Sicherheit Nordamerikas stützt sich die NATO weiterhin auf ständig einsatzbereite, integrierte Strukturen; sie hat sich damit selbst den Charakter einer *Standing Alliance* gegeben – eine Bündnisqualität, die es in der Geschichte von Allianzen so noch nie gegeben hat.

... antiquierte Sicherheitsstrukturen

Unveränderte Strukturen werden besonders deutlich daran, dass Amerika und Russland weiterhin beträchtliche Nuklearstrukturen zur gegenseitigen Abschreckung unterhalten. Kant sagt: „Stehende Heere (*miles perpetuus*) sollten mit der Zeit ganz aufhören“ – ein Grundsatz der sich durchaus auf die Abrüstung bei Nuklearwaffen übertragen lässt. Auf beiden Seiten haben immer noch nicht alle realisiert: Die militärische Währung des Kalten Krieges zum Machterhalt waren atomare Interkontinentalraketen. Die politische Währung von heute heißt Demokratie, Menschenrechte und wirtschaftlicher Fortschritt – dies bei schwindender Bedeutung des Militärischen. Immer noch nicht überwunden ist der Ansatz, dass Frieden nur im Gleichgewicht hochgerüster Nationen möglich ist.

Selbst wenn die Strukturen aufgelöst werden, die auf Angriff und Verteidigung ausgerichtet waren, sind also die Gefahren für den Frieden nicht verschwunden, sondern ganz andersartig als früher. Bezogen auf die Gefahrenlage von heute, war Shakespeare vor vierhundert Jahren wahrlich modern, als er Hamlet sagen ließ: *Time is out of joint*. Die Zeit ist aus den Fugen. Unbeantwortet sind heute fundamentale Fragen, die unsere Zukunft bestimmen. Was kommt auf uns zu? Verlangen neue Herausforderungen auch neue Strategien und Allianzen und andere Definitionen von Krieg und Frieden?

EU-Mission „Atalanta“ (seit 2009):

Die Bundeswehr im Einsatz gegen Piratenüberfälle vor dem Horn von Afrika.

© picture-alliance/ZB, Foto: Jens Büttner



Angesichts dieser Lage sehen sich die Vereinten Nationen gezwungen, in aller Welt Frieden zu schaffen. Explodierende Krisen und implodierende Staaten sind unter Kontrolle zu bringen; häufig brechen staatliche Strukturen zusammen.

Schutzverantwortung versus Nichteinmischung

Der Völkermord in Ruanda und andere Verbrechen von Regierungen gegen die eigene Bevölkerung haben dazu geführt, dass die Völkergemeinschaft sich auf eine Schutzverantwortung festgelegt hat. Auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen im Jahre 2005 wurde sie von fast allen Staaten der Erde anerkannt. Diese Schutzverantwortung – *Responsibility to Protect* – ist seitdem ein Konzept der internationalen Politik und des humanitären Völkerrechts zum Schutze der Menschen vor schweren Verletzungen der Menschenrechte durch die eigene Regie-

rung. Die Schutzverantwortung schließt ein, derartige Verbrechen der politischen Führung gegen das eigene Volk rechtzeitig zu erkennen und auch präventive Gegenmaßnahmen einzuleiten. („The international community has also a duty to prevent nations or groups run by criminal rulers or terrorists from preparing terrorist acts or acquiring weapons of mass destruction – before they will become effective and used“.)

Das Prinzip der Schutzverantwortung steht allerdings nicht im Einklang mit dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, das seit dem Frieden von Münster und Osnabrück gilt und in der UN-Charta als Rechtsprinzip verankert ist. Außerdem ist fraglich, ob jede Kriegshandlung innerhalb eines Staates als Völkermord zu werten ist; eventuell mag auch die Versuchung bestehen, eine humanitäre Intervention zu einem von außen erzwunge-

nen Regimewechsel zu nutzen. Die Intervention in Libyen, das im März 2011 vor einer humanitären Katastrophe stand und sich als klassisches Beispiel für die internationale Schutzverpflichtung erwies, wurde von der deutschen Regierung nicht mitgetragen, die sich damit im Kreis der Verbündeten isoliert und antieuropäisch gehandelt hat. Denn Frankreich und Großbritannien trugen zunächst die Hauptlast der Schutzverantwortung. Russland hat im Verlauf der Operation die humanitäre Intervention nicht mehr unterstützt, weil sich herausstellte, dass der Militäreinsatz aus Sicht Moskaus wohl doch auf „Regime Change“ ausgerichtet war.

Am Beispiel Syrien zeigt sich die gelegentlich zweifelhafte praktische Relevanz der *Responsibility to Protect*. Obwohl auch in Syrien die Regierung hart gegen das eigene Volk vorgeht, wurde eine Intervention von außen nicht erwogen; denn Syrien verfügt über eine gut ausgerüstete Armee; die Opposition ist nicht im Sinne politischer Handlungsfähigkeit strukturiert und nur gewillt, Materialhilfe von außen zu akzeptieren; Russland und China haben zwar schließlich das Vorgehen der syrischen Regierung verurteilt, aber auch immer wieder betont, dass eine militärische Einmischung in innere Angelegenheiten nicht infrage kommt. Schließlich hat der Weltsicherheitsrat einstimmig auf der Grundlage eines Waffen-

stillstandes einem Vermittlungsplan zugestimmt.

Von Kant bis Kandahar

Immanuel Kants Schrift *Zum ewigen Frieden* ist wohl das Hauptwerk der philosophischen Erörterung von kontroversen Zuständen wie Krieg und Frieden und dem scheinbar unvereinbaren Gegensatz zwischen Machtpolitik und Bewahrung von Menschenrechten. Damit war und ist Kants Manifest für die Zukunft der Menschen im Grunde eine wesentliche Bezugsgröße für unser heutiges Denken. Kant ging es im Kern darum, das Prinzip Recht vor Gewalt und damit eine stabile rechtliche Ordnung für das Zusammenleben der Völker in der Welt zu etablieren.

An den Beispielen Libyen und Syrien wird deutlich: In der praktischen Politik wird sich immer wieder die Frage stellen, wie hoch die Eingreifschwelle liegt. Wann entwickeln sich die inneren Verhältnisse in einem Staat so katastrophal, dass die Völkergemeinschaft Soldaten zur Befriedung der inneren Verhältnisse schicken muss? Da es solche Situationen immer wieder geben wird, werden wir dann mit dem Problem konfrontiert, ob wir schreckliche Brutalitäten beenden oder uns mit diplomatischen Protesten begnügen sollen. Deutschland wird allerdings klar Position beziehen müssen.

Friedliches Zusammenleben der Völker durch rechtliche Ordnung

„Wenn es Pflicht, wenn zugleich gegründete Hoffnung da ist, den Zustand eines öffentlichen Rechts, obgleich nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung, wirklich zu machen, so ist der ewige Friede, der auf die bisher fälschlich so genannte Friedensschlüsse (eigentlich Waffenstillstände) folgt, keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele (weil die Zeiten, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden) beständig näher kommt.“

Immanuel Kant (1784 – 1804), aus: "Zum ewigen Frieden"